

Antrag 89/II/2019**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 304/II/2019****Deutsche Wohnen & Co. enteignen. Positionspapier Berliner Sozialdemokrat*innen**

1 Berlin leidet aktuell unter starkem Wohnungsmangel. Der
 2 Wohnungsmarkt ist seit Jahren in zunehmendem Maße
 3 angespannt. Die Berliner*innen sind derzeit nicht in der
 4 Lage, sich am Markt hinreichend mit bezahlbarem Wohn-
 5 raum zu versorgen. Die Folge davon sind explodieren-
 6 de Mieten und Bodenpreise. Der Wohnungsknappheit –
 7 insbesondere im unteren und mittleren Preissegment –
 8 muss nach unserer Überzeugung vor allem mit großflächig-
 9 gem Wohnungsbau durch die öffentliche Hand begegnet
 10 werden. Bis Wohnraum in ausreichendem Maße zur Ver-
 11 fügung steht, sind daneben Eingriffe in einen gestörten
 12 Wohnungsmarkt, etwa in Gestalt des Mietendeckels, je-
 13 doch unerlässlich.

14

15 Wir erklären uns deshalb mit dem Anliegen des Volksbe-
 16 gehrens „Deutsche Wohnen & Co enteignen – Spekula-
 17 tion bekämpfen“, mehr Grund und Boden in öffentliche
 18 Hand zu bringen, solidarisch. Wie das Beispiel der Stadt
 19 Wien zeigt, ist ein starker öffentlicher Wohnungssektor
 20 wichtig für die Stabilität der Mieten.

21 Um den kommunalen Wohnungsbestand zu vergrößern
 22 ist eine Doppelstrategie notwendig:

23

24 1. Es müssen deutlich mehr bezahlbare Wohnungen
 25 durch den Staat und gemeinwohlorientierte Bau-
 26 träger neu gebaut werden. Die dafür notwendigen
 27 Personalkapazitäten bei den landeseigenen Woh-
 28 nungsbaugesellschaften sind umgehend zu schaf-
 29 fen.

30 2. Gleichzeitig sind geeignete Grundstücke und Woh-
 31 nungsbestände, die sich jetzt in privater Hand befin-
 32 den, zu (re-)kommunalisieren.

33

34 Sollte insbesondere Neubau allein nicht ausreichen, muss
 35 angesichts der dramatischen Mietpreisentwicklung in
 36 Berlin auch darüber nachgedacht werden, die Wohnungs-
 37 bestände großer profitmaximierender Wohnungsunter-
 38 nehmen – wie von „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“
 39 gefordert – zu vergesellschaften.

40

41 Wir wollen daher die Vorschläge der Initiative ernsthaft
 42 diskutieren. Zudem werden wir das Gespräch mit den Ver-
 43 treter*innen des Volksbegehrens suchen. Unser Ziel ist
 44 dabei, zusammen mit der Initiative und unseren Koaliti-
 45 onspartner*innen nach einem gemeinsamen Weg zu su-
 46 chen, möglichst viele Mietwohnungen dem ungezügelten
 47 Wohnungsmarkt zu entziehen. Dabei ist die gemeinwirt-
 48 schaftliche, nicht profitorientierte Verwaltung der Woh-

49 nungsbestände durch eine Anstalt des öffentlichen Rechts
50 (AöR) anzustreben sowie eine Verwaltung der in Gemein-
51 eigentum überführten Bestände unter mehrheitlicher de-
52 mokratischer Beteiligung von Belegschaft, Mieter*innen
53 und Stadtgesellschaft.

54

55 Vergesellschaftung ist im Grundgesetz ausdrücklich vor-
56 gesehen (Artikel 15 des Grundgesetzes) und spiegelt den
57 Gedanken wieder, dass die private Eigentumsgarantie
58 nicht absolut ist, sondern zum Wohle der Allgemeinheit
59 eingeschränkt werden kann. Statt die rechtliche Ausein-
60 andersetzung zu suchen wollen wir uns mit den Inhalten
61 und Zielen der Initiative politisch befassen. Dabei sehen
62 wir, dass insbesondere folgende Fragen weiterer Diskussi-
63 on bedürfen:

64

- 65 • Vergesellschaftung mit Übertragung von Eigentum
66 setzen von Verfassung wegen Entschädigungen vor-
67 aus. Wie hoch die Entschädigung dabei sein muss,
68 ist verfassungsrechtlich umstritten, wobei wir eine
69 Entschädigung deutlich unter Verkehrswert anstre-
70 ben. Uns ist bei allem wichtig auszuschließen, dass
71 die entstehenden Kosten einer Vergesellschaftung
72 das Land Berlin finanziell überfordern.
- 73 • Die Initiative fordert die Enteignung aller Woh-
74 nungsbauunternehmen, die inklusive Töchterfir-
75 men mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin besitzen
76 und schätzt, dass etwa 200.000 Wohnungen ente-
77ignet werden würden. Wir wollen diskutieren, ob
78 sich hier geeignetere Differenzierungskriterien fin-
79 den lassen, da die gewählte Zahl willkürlich wirkt
80 und die Vermietungspolitik von Unternehmen zu-
81 dem nicht von deren Größe abhängig ist. Eine Ente-
82ignung müsste zu allererst anonyme Fondsgesell-
83schaften und Wohnungsunternehmen mit drangsa-
84lierenden Geschäftsmodellen treffen.
- 85 • Wir machen uns auch Gedanken zu der Frage, wie
86 die Berliner Verwaltung kurz- und mittelfristig in die
87 Lage versetzt werden soll, hunderttausende zusätz-
88liche Wohnungen zu verwalten und Instand zu hal-
89ten. Es darf insofern keine Experimente zu Lasten
90 der Mieter*innen geben, deren Wohlergehen viel-
91 mehr bei allen Überlegungen an vorderster Stelle zu
92 stehen hat.

93